



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

<b>Thema</b>	<b>Grünliberale begrüßen das Urteil im Fall Mühleberg nach dem Credo „safety first“</b>
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Präsident glp Schweiz, +41 79 358 14 85 Michael Köpfl, Co-Präsident glp Kanton Bern, +41 79 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	7. März 2011

**Die Grünliberalen nehmen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts mit Beruhigung zur Kenntnis, dem AKW Mühleberg aus Sicherheitsgründen keine Betriebsbewilligung über den Juni 2013 hinaus zu erteilen. Ein AKW darf unter keinen Umständen eine Betriebsverlängerung erhalten, wenn betreffend Sicherheit Unklarheiten oder gar offensichtliche Mängel bestehen.**

Parteipräsident Martin Bäumle kommentiert das heutige Urteil wie folgt: „Wir waren und sind gegen ein Sofortausstiegsszenario für sämtliche Schweizer Atomkraftwerke. Gleichzeitig standen wir aber immer zum Credo „safety first“. Deshalb ist es nichts als konsequent, wenn sich das Bundesverwaltungsgericht nun gegen einen Weiterbetrieb des AKW Mühleberg ausspricht.“

Für die Grünliberalen sprechen nicht primär die Risse im Kernmantel gegen eine Betriebsverlängerung, noch weitaus stärker fallen die ungeklärten Fragen betreffend Erdbebensicherheit und Hochwasserschutz ins Gewicht. Falls die BKW diese Mängel mit zusätzlichen Investitionen zu beheben gedenkt, dürfen keinerlei Kompromisse betreffend der Sicherheit eingegangen werden.

### **BKW und der Kanton Bern müssen für Transparenz sorgen**

Auch die Grünliberalen des Kantons Bern nehmen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zugunsten der Sicherheit mit Beruhigung zur Kenntnis. Gleichzeitig fordern sie von der BKW als Betreiberin und vom Regierungsrat als Vertreter des Kantons Bern, welcher Mehrheitsaktionär der BKW ist, umgehend Transparenz betreffend der wirtschaftlichen Zukunft der BKW bei einer Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg im Jahr 2013.

Der Co-Präsident der Grünliberalen Kanton Bern, Michael Köpfl, meint dazu: „Es wäre unverantwortlich, wenn die BKW und der Regierungsrat trotz der Sicherheitsmängel und der hängigen Beschwerden fest mit einer unbefristeten Betriebsbewilligung gerechnet hätten. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Bern müssen nun umgehend darüber informiert werden, was dieses Urteil für die wirtschaftliche Zukunft der BKW und damit auch des Kantons Bern bedeutet.“